

CDU-Arbeitnehmer: Solidarität mit Samsung-Mitarbeitern

Für die Berliner CDU-Sozialausschüsse, CDA, ein Muss - Solidarität mit den von der Arbeitslosigkeit bedrohten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Samsung in Oberschöne-weide zu zeigen.

Die CDA der Hauptstadt ist empört über die Handlungsweise der Geschäftsführung von Samsung in Oberschöne-weide, den Standort mit 800 Mitarbeitern zum Ende des Jahres fast völlig schließen zu wollen. Der CDA-Landesvorsitzende Horst Gedack: „Unsere Solidarität gehört den Kolleginnen und Kollegen bei Samsung.“

Wir fordern sowohl die Geschäftsführung wie den rot-roten Senat auf, nach Wegen zur Sicherung der Arbeitsplätze und der Standorterhaltung zu suchen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen gerade in diesen schwierigen wirtschaftlichen Zeiten nicht alleine gelassen werden.“

Gedack mahnt besonders die Geschäftsführung von Samsung an, nach ihrer au-

genscheinlich grundlegenden Fehleinschätzung des Fernsehgeräte-Marktes, ihre

eigene Schuld an der gegenwärtigen Situation zu sehen und in sozialer Verantwortung für die Menschen in der Stadt zu handeln. Ihre Unterstützung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Samsung betonten die Landes-CDA und der örtliche CDA-Kreisverband in Treptow-Köpenick mit den Vorsitzenden Horst Gedack und Joachim Specht in einer schriftlichen Solidaritätsadresse. Außerdem beteiligten sich zahlreiche Mitglieder der Sozialausschüsse und der CDU an der Demonstration vor den Toren des Samsung-Werkes.



Unionsgeführte Bundesländer bei Wirtschaftsdynamik vorn

Sachsen ist das Land mit der größten Wirtschaftsdynamik. Dies ist das Ergebnis des Bundländerrankings der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der Wirtschaftswoche. Die rot-rot regierten Länder Berlin und Mecklenburg-Vorpommern stehen am Ende der Tabelle.

Die Studie bewertete die Wirtschaftsdynamik zwi-

schen 2002 und 2004. An der ersten Stelle rangiert das bis September 2004 von der Union allein regierte Bundesland Sachsen. Ebenfalls vorne dabei sind die unionsgeführten Länder Niedersachsen, Bayern, Saarland, Hamburg, Thüringen und Baden-Württemberg. Lediglich das sozial-liberal regierte Rheinland-Pfalz schafft eine Platzierung

in der Spitzengruppe. Die zweite Tabellenhälfte führt Sachsen-Anhalt an. Danach folgen die bis 2005 SPD-geführten Länder Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen vor Hessen, Bremen und Brandenburg. Am Ende der Tabelle stehen die rot-rot regierten Länder Berlin und Mecklenburg-Vorpommern.

Dass es dort, wo die Uni-

on regiert, besser läuft, hat besonders deutliche Auswirkungen in den neuen Ländern. Hier gibt es de facto eine Zweiteilung: dem starken Süden mit den dynamischen Ländern Sachsen und Thüringen stehen mit Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sowie Berlin wirtschaftlich schwächere Räume gegenüber. Ledig-

lich dem CDU-geführten Sachsen-Anhalt wird eine überdurchschnittliche Wirtschaftsdynamik bescheinigt. Das rot-rot regierte Mecklenburg-Vorpommern rangiert abgeschlagen an letzter Stelle. Der Abstand zwischen Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern ist gegenüber dem Vorjahres-Ranking noch einmal deutlich gewachsen.

Zuständigkeiten des Bundes überdenken



Das Parlament ist ein neues, die Schwerpunktthemen aber die Gleichen. Monika Grütters hat bereits die ersten Schritte in ihrem neuen Amt als Bundestagsabgeordnete getan.

Die erste Fraktionssitzung, erste Etappen der Büroorganisation und erste Sondierungen, in welchen Arbeitsgruppen und Ausschüssen gearbeitet wird. Dabei sind die Ziele der Berliner Spitzenkandidatin und Kulturexpertin die Gleichen geblieben: „Die Ruine des Palastes der Republik muss weichen, damit ein Gebäude Platz erhält, das Auskunft geben kann über das neue Deutschland im 3. Jahrtau-

send. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir über die Nutzung dieses neuen Gebäudes sprechen. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass es ein öffentliches Haus wird, offen für die Bürger, offen für die Sammlungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, offen für die Studierenden der Humboldt Universität, offen für eine Bibliothek – und offen auch für große und großartige Veranstaltungen“, sagt sie. Derzeit noch Abgeordnete des Berliner Abgeordnetenhaus, richtet Monika Grütters ihren Blick jetzt auf die Bundesebene. Monika Grütters fordert: „Auch das Gedenken an die Mauer, an die Teilung Deutschlands, an die Opfer des brutalen Bauwerks muss auf die Agenda der

bundesdeutschen Kulturpolitik. Oder die Frage, warum die Topographie des Terrors nicht längst in der Zuständigkeit des

serer Geschichte, besonders mit den zwei Diktaturen, grundsätzlich geregelt werden. Für Berlin ist das von außerordentlicher

und dieses Landes mehr authentische Stätten und Orte befinden als woanders in der Republik.“ Die bisherige kulturpolitische Sprecherin der Abgeordnetenhausfraktion nennt noch ein weiteres Thema, das sie von der Bundesebene aus voran bringen will. Grütters: „In der CDU gibt es seit langem Überlegungen, die Staatsoper möglicherweise in die Bundeszuständigkeit zu überführen. Die dringend notwendige Sanierung des Opernhauses muss Berlin gemeinsam mit dem Bund endlich beginnen.“

Dicke Bretter will die frisch gewählte Abgeordnete für ihr Berlin da bohren. Das Holz, aus dem die Aufgaben gemacht sind, kennt sie seit langem, aber das Werkzeug ist nun ein neues.



Foto: Land Berlin/Thie

Welche Einrichtungen Berlins sollten in die Zuständigkeit des Bundes?

Bundes ist. Ganz generell sollte der Umgang mit un-

Bedeutung, weil sich auf dem Boden dieser Stadt